

Unruh

Religionsverfassungsrecht

3. Auflage



Nomos

<https://doi.org/10.5771/9783845261256-1>

Generiert durch IP '207.241.231.83', am 19.07.2018, 16:53:06.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

NOMOSLEHRBUCH

**Prof. Dr. Peter Unruh,
Landeskirchenamt der Nordkirche, Kiel
Georg-August-Universität Göttingen**

Religionsverfassungsrecht

3. Auflage



Nomos

<https://doi.org/10.5771/9783845261256-1>

Generiert durch IP '207.241.231.83', am 19.07.2018, 16:53:06.

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-1986-0

3. Auflage 2015

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur dritten Auflage

Auch für die Spanne zwischen der zweiten und der vorliegenden dritten Auflage kann die These aus dem Vorwort zur ersten Auflage bekräftigt werden, dass es sich beim Religionsverfassungsrecht gegenwärtig und auf absehbare Zeit „um eine Materie handel(t), die dogmatisch und allgemeinpolitisch zu den interessantesten Rechtsgebieten im Kanon der juristischen Lehrangebote zu zählen ist“. Das hier behandelte Rechtsgebiet ist nach wie vor in Bewegung und es war (höchste) Zeit, den aktuellen Stand der Dinge zusammenzutragen.

Zu den Themenfeldern, die einer besonders intensiven Überarbeitung bedurften, gehörte zunächst die jüngste Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zum kirchlichen Arbeitsrecht, die wohl nicht den Endpunkt, wohl aber eine bedeutsame Etappe auf dem Weg zur Befriedung dieses umstrittenen Themas bedeutet. In den Fokus auch der breiteren Öffentlichkeit ist ferner die Beschneidung von männlichen Kindern geraten. Ein Urteil des Landgerichts Köln hat hier nicht nur zu einer lebhaften Diskussion in der Literatur, sondern auch zur Tätigkeit des Gesetzgebers Anlass gegeben. Schließlich sind im Themenfeld von Religion und Schule wegweisende Urteile insbesondere des Bundesverwaltungsgerichts ergangen, etwa zum Schulgebet, zum koedukativen Sportunterricht oder zu Filmvorführungen im Schulunterricht. Daneben waren natürlich auch die anderen Bereiche des Religionsverfassungsrechts jeweils auf den neuesten Stand von Literatur und Rechtsprechung zu bringen.

Auch für die Erarbeitung der dritten Auflage waren zahlreiche Anregungen hilfreich. Auch weitere Auflagen werden auf derartige Rückmeldungen angewiesen sein. Für diese und andere Hilfe, die ich auch schon bei der Erarbeitung der ersten beiden Auflagen genießen durfte, bedanke ich mich wiederum ganz herzlich. Hinsichtlich der vorliegenden Auflage gilt ein besonderer Dank Dr. Annette Rieck für wertvolle sachliche Hinweise und Meret Unruh für das Korrekturlesen. Für Fehler und Unzulänglichkeiten bin ich jedoch allein verantwortlich.

Schließlich gilt auch für die dritte Auflage: Jenseits der üblichen Floskeln möchte ich mich bei meiner Frau Anke Dominik-Unruh, unserer Tochter Meret und unserem Sohn Bendix bedanken für ihre entsagungs- und zugleich liebevolle Unterstützung, ihre Geduld und ihre Rücksichtnahme, wenn ich mich – gerade an den Wochenenden – mit und in meinen Büchern verkrochen habe.

Kiel, im Januar 2015

Peter Unruh

Inhalt

Vorwort zur dritten Auflage	5
Abkürzungsverzeichnis	17

A. GRUNDLAGEN

§ 1 Einführung: Was ist und wozu Religionsverfassungsrecht?	23
I. Begriff, Status und Funktion des Religionsverfassungsrechts	23
1. Der Begriff des Religionsverfassungsrechts	23
a) Staatskirchenrecht?	23
b) Religionsverfassungsrecht!	24
2. Status und Funktion des Religionsverfassungsrechts	27
II. Die Bedeutung des Religionsverfassungsrechts	28
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	29
§ 2 Die historische Entwicklung des Religionsverfassungsrechts	30
I. Allgemeines	30
II. Staat und Religion in der Antike	30
III. Staat und Religion im Mittelalter	31
IV. Die Reformation	32
V. Der Augsburger Religionsfriede	33
VI. Der Westfälische Friede	34
VII. Staat und Kirche im 17. und 18. Jahrhundert	34
1. Das landesherrliche Kirchenregiment	34
2. Die katholische Kirche im 17. und 18. Jahrhundert	36
VIII. Der Reichsdeputationshauptschluss	36
IX. Staat und Religion im 19. Jahrhundert	37
1. Allgemeines	37
2. Die katholische Kirche im 19. Jahrhundert	37
3. Die evangelische Kirche im 19. Jahrhundert	38
X. Staat und Religion im 20. Jahrhundert	38
1. Staat und Religion in der Weimarer Reichsverfassung	38
2. Staat und Religion im Nationalsozialismus	40
3. Staat und Religion in der Bundesrepublik	41
4. Staat und Religion in der DDR	42
5. Aktuelle Rahmenbedingungen und Tendenzen	42
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	44
§ 3 Rechtsquellen des Religionsverfassungsrechts	45
I. Allgemeines	45
II. Grundgesetz	45
III. Landesverfassungsrecht	46
IV. Religionsverfassungsrechtliche Verträge	47
V. Einfaches Gesetzesrecht	48
VI. Völkerrecht	48
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	49

B. RELIGIONSVERFASSUNGSRECHTLICHE GRUNDENTSCHEIDUNGEN

§ 4 Das Grundrecht der Religionsfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 und 2 GG	50
I. Allgemeines	50
1. Herkunft und Entwicklung	50
2. Das Verhältnis des Art. 4 Abs. 1 und 2 GG zu Art. 140 GG	51
II. Der Schutzbereich der Religionsfreiheit	53
1. Der personelle Schutzbereich	53
a) Natürliche Personen	53
b) Insbesondere: Die Religionsfreiheit von Minderjährigen	54
c) Juristische Personen	56
2. Der sachliche Schutzbereich	57
a) Allgemeines	58
b) Die Religionsfreiheit als einheitliches Grundrecht	58
c) Der weite Schutzbereich der Religionsfreiheit	60
aa) Die Freiheit des Glaubens	60
bb) Die Bekenntnisfreiheit	61
cc) Die Freiheit der Religionsausübung	61
dd) Positive und negative Religionsfreiheit	64
ee) Das Neutralitätsgebot	65
d) Der Begriff der Religion	66
aa) Die Definitionskompetenz	66
bb) Die Begriffsmerkmale	68
cc) Einschränkung der Begriffsbestimmung?	69
e) Die Schutzpflichtendimension der Religionsfreiheit	73
f) Exkurs: Das Paritätsgebot und die religionsverfassungsrechtlichen Gleichheitsrechte	75
III. Der Eingriff in den Schutzbereich	77
1. Der klassische Eingriffsbegriff	77
2. Der moderne bzw. grundrechtliche Eingriffsbegriff	78
3. Insbesondere: Eingriffe in die Religionsfreiheit	78
a) Die Konfrontation mit religiösen Symbolen	79
b) Staatliche Warnungen vor bzw. Informationen über Religionsgemeinschaften	82
IV. Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	85
1. Art. 140 GG i.V.m. Art. 136 Abs. 1 WRV als Schranke der Religionsfreiheit?	85
a) Die These vom Schranken-Charakter des Art. 136 Abs. 1 WRV	85
b) Zur Ablehnung der These vom Schranken-Charakter des Art. 136 Abs. 1 WRV	86
aa) Das Wortlaut-Argument	87
bb) Das systematische Argument	88
cc) Das teleologische Argument	88
dd) Das genetische Argument	89
2. Die Religionsfreiheit als vorbehaltlos gewährleistetes Grundrecht	90
V. Internationaler und europarechtlicher Schutz der Religionsfreiheit	93
1. Der internationale Schutz der Religionsfreiheit	93

2. Europarecht	94
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	95
§ 5 Das Verbot der Staatskirche	96
I. Allgemeines	96
II. Das Trennungsgebot	97
1. Strikte Trennung?	98
2. Freundliche Trennung	99
3. Insbesondere: Das konfessionsgebundene Staatsamt	100
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	102
§ 6 Das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften	103
I. Allgemeines	103
1. Rechtsgrundlagen	103
2. Dogmatischer Status	104
II. Der Schutzbereich des Selbstbestimmungsrechts	105
1. Der personelle Schutzbereich	105
2. Der sachliche Schutzbereich	106
a) Ordnen und Verwalten	107
b) Die eigenen Angelegenheiten	107
aa) Dogmatische Grundlegung	107
bb) Konkretisierung	109
III. Eingriffe in den Schutzbereich	111
IV. Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	112
1. Allgemeines	112
2. Der Inhalt des Schrankenvorbehalts	112
3. Grundrechtsbindung der Religionsgemeinschaften?	115
V. Spezialmaterien der eigenen Angelegenheiten	117
1. Allgemeines	117
2. Das Mitgliedschaftsrecht	117
a) Allgemeines	117
b) Die Begründung der Mitgliedschaft	118
c) Die Beendigung der Mitgliedschaft	120
d) Übertritt und Umzug	122
3. Das Arbeitsrecht	124
a) Allgemeines	124
b) Individuelles Arbeitsrecht	127
c) Kollektives Arbeitsrecht	134
aa) Das Arbeitsrechtsregelungsrecht der Religionsgemeinschaften	134
bb) Das Mitarbeitervertretungsrecht	137
4. Staatliche und religionsgemeinschaftliche Gerichtsbarkeit	139
a) Allgemeines	139
b) Gerichtsbarkeit als eigene Angelegenheit der Religionsgemeinschaften	140
c) Der Rechtsweg zu den staatlichen Gerichten	140
aa) Die ältere höchstrichterliche Rechtsprechung	141
bb) Die Literatur	141
cc) Die jüngere Rechtsprechung	143

d)	Die Justiziabilität religionsgemeinschaftlicher Angelegenheiten	145
e)	Prozessuale Fragen	146
aa)	Die Zulässigkeitsprüfung	147
bb)	Die Begründetheitsprüfung	149
5.	Datenschutz, Personenstands- und Meldewesen	150
a)	Allgemeines	150
b)	Datenschutzrecht	150
aa)	Staatliches Datenschutzrecht und Religionsgemeinschaften	151
bb)	Datenübermittlung an Religionsgemeinschaften	153
c)	Personenstandswesen	153
aa)	Die Eintragung der Religionszugehörigkeit	153
bb)	Das Informationsrecht der Religionsgemeinschaften	154
d)	Das Meldewesen	154
aa)	Die Erfassung der Religionszugehörigkeit	155
bb)	Das Informationsrecht der Religionsgemeinschaften	155
6.	Baurecht, Denkmalschutz und Denkmalpflege	155
a)	Allgemeines	156
b)	Baurecht	156
c)	Denkmalschutz und Denkmalpflege	157
7.	Staatliche Rechnungsprüfung	158
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	159
 C. ORGANISATIONSFORMEN DER RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN		
§ 7	Die religiöse Vereinigungsfreiheit	160
I.	Rechtsgrundlagen und dogmatischer Status	160
II.	Der Schutzbereich der religiösen Vereinigungsfreiheit	161
1.	Der personelle Schutzbereich	161
a)	Die religiöse Vereinigungsfreiheit als Menschenrecht	161
b)	Die religiöse Vereinigungsfreiheit als Recht der Religionsgemeinschaften	161
c)	Exkurs: religiöse Vereine	163
2.	Der sachliche Schutzbereich	163
III.	Eingriff und verfassungsrechtliche Rechtfertigung	164
1.	Eingriff	164
2.	Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	165
a)	Anwendbarkeit des Art. 9 Abs. 2 GG?	165
b)	Die religiöse Vereinigungsfreiheit als vorbehaltlos gewährleistetes Freiheitsrecht	167
	Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	168
§ 8	Privatrechtlich organisierte Religionsgemeinschaften	169
I.	Allgemeines	169
II.	Der Erwerb der Rechtsfähigkeit	169
1.	Die Geltung des bürgerlichen Rechts	169
2.	Die (partielle) Modifikation des bürgerlichen Rechts	170
III.	Der Verlust der Rechtsfähigkeit	172
IV.	Das Verbot von Religionsgemeinschaften	172
1.	Die verfassungsrechtliche Grundlage	172

2. Die gesetzliche Grundlage	173
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	174
§ 9 Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts	175
I. Allgemeines	175
1. Der religionsverfassungsrechtliche Körperschaftsbegriff	175
2. Der Zweck des Körperschaftsstatus	178
II. Der Erwerb des Körperschaftsstatus	180
1. Die Garantie des Körperschaftsstatus	180
2. Die Verleihung des Körperschaftsstatus	180
a) Allgemeines	180
b) Zuständigkeit, Verfahren und Form	181
c) Voraussetzungen bzw. Schranken	181
aa) Gewähr der Dauer	181
bb) Verfassung	182
cc) Zahl der Mitglieder	183
dd) Ungeschriebene Voraussetzungen bzw. Schranken	183
d) Aktuelle Probleme	185
3. Der Zusammenschluss korporierter Religionsgemeinschaften	186
III. Verlust und Entzug des Körperschaftsstatus	187
IV. Die Körperschaftsrechte	188
1. Allgemeines	188
2. Die Dienstherrnfähigkeit	189
3. Die Organisationsgewalt	190
4. Die Rechtsetzungsgewalt	190
5. Das Widmungsrecht	191
a) Begriff, Grundlage und Anwendungsbereich	191
b) Widmung und Entwidmung	192
c) Rechtsfolgen der Widmung	193
d) Der Gebrauch religionsgemeinschaftlicher öffentlicher Sachen	193
6. Das Parochialrecht	195
7. Das „Privilegienbündel“	195
8. Das Besteuerungsrecht	197
a) Die Bedeutung des Besteuerungsrechts	197
b) Historische Grundlagen	198
c) Der Status des Besteuerungsrechts	198
d) Steuergläubiger und Steuerschuldner	199
e) Die Ausgestaltung des Besteuerungsrechts	200
f) Die Steuerverwaltung	202
g) Der Rechtsweg	203
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	204
D. DAS ZUSAMMENWIRKEN VON STAAT UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN	
§ 10 Religionsverfassungsrechtliche Verträge	205
I. Der Begriff des religionsverfassungsrechtlichen Vertrages	205
II. Die historische Entwicklung der religionsverfassungsrechtlichen Verträge	206
1. Vorläufer	206

2. Religionsverfassungsrechtliche Verträge von 1919 bis 1933	206
3. Religionsverfassungsrechtliche Verträge von 1945 bis 1990	208
4. Religionsverfassungsrechtliche Verträge nach 1990	209
III. Funktionen der religionsverfassungsrechtlichen Verträge	211
IV. Typische Regelungsgehalte religionsverfassungsrechtlicher Verträge	213
V. Die Zulässigkeit religionsverfassungsrechtlicher Verträge	214
VI. Verpflichtung zum Abschluss religionsverfassungsrechtlicher Verträge?	216
VII. Die Rechtsnatur religionsverfassungsrechtlicher Verträge	219
1. Allgemeines	219
2. Konkordate als völkerrechtliche Verträge	219
3. Kirchenverträge als staatsrechtliche Verträge	220
VIII. Der Rang religionsverfassungsrechtlicher Verträge in der Rechtsordnung	222
IX. Die Bindungswirkung religionsverfassungsrechtlicher Verträge	223
X. Rechtsschutz	227
XI. Zuständigkeit und Verfahren	228
1. Die Zuständigkeit für den Abschluss religionsverfassungsrechtlicher Verträge	228
2. Verfahren	229
XII. Auslegung und Beendigung religionsverfassungsrechtlicher Verträge	229
1. Die Auslegung religionsverfassungsrechtlicher Verträge	229
2. Die Beendigung religionsverfassungsrechtlicher Verträge	229
XIII. Rechtsnachfolge in religionsverfassungsrechtliche Verträge	230
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	232
§ 11 Anstaltseelsorge	233
I. Grundlagen	233
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	233
2. Dogmatische Grundlegung und Status	234
a) Anstaltseelsorge und Schutzpflichtendimension der Religionsfreiheit	234
b) Anstaltseelsorge als „gemeinsame Angelegenheit“	236
3. Anspruchsvoraussetzungen	237
a) Die Anstalten i.S.d. Art. 140 GG i.V.m. Art. 141 WRV	237
b) Das Bedürfnis nach Seelsorge und Gottesdienst	238
c) Die Anspruchsberechtigten	240
4. Anspruchsinhalt	240
5. Schranken	242
II. Die Seelsorge in der Bundeswehr	243
1. Rechtsgrundlagen	243
2. Die organisationsrechtliche Ausgestaltung	245
a) Der organisatorische Aufbau	245
b) Religionsverfassungsrechtliche Bedenken	246
aa) Verstoß gegen Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 1 WRV	246
bb) Verstoß gegen Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 3 S. 2 WRV	249
3. Der „Lebenskundliche Unterricht“	250
4. Exkurs: Die Seelsorge in der Bundespolizei	250

III. Die Seelsorge in Strafvollzugsanstalten	251
1. Rechtsgrundlagen	251
2. Organisationsrechtliche Ausgestaltung	251
IV. Die Seelsorge in Krankenhäusern	252
1. Rechtsgrundlagen	252
2. Organisationsrechtliche Ausgestaltung	252
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	253
§ 12 Religionsunterricht	254
I. Allgemeines	254
1. Rechtsgrundlagen	254
2. Dogmatische Grundlegung	255
3. Der dogmatische Status des Religionsunterrichts i.S.d. Art. 7 Abs. 2 und 3 GG	256
II. Der Anspruchsinhalt	257
1. Der Verfassungsbegriff des Religionsunterrichts	257
2. Öffentliche Schulen	259
3. Ordentliches Lehrfach	260
a) Überblick	260
b) Der Religionsunterricht als „staatliche Aufgabe und Angelegenheit“	260
c) Das Gleichbehandlungsgebot	261
d) Der Religionsunterricht als Pflichtfach mit Abmeldemöglichkeit	262
e) Die Ausgestaltung durch den Landesgesetzgeber	262
f) Exkurs: Religions- und Ethikunterricht	263
4. Die Übereinstimmungsklausel	266
a) Der Inhalt des Bestimmungsrechts der Religionsgemeinschaften	266
b) Die Grenzen des Bestimmungsrechts der Religionsgemeinschaften	267
5. Die Ausnahmeklausel des Art. 141 GG	269
a) Status und Regelungsgehalt	269
b) Anwendungsbereich	269
III. Die Anspruchsberechtigten	271
1. Die Erziehungsberechtigten	271
2. Die Schülerinnen und Schüler	271
3. Die Religionsgemeinschaften	273
IV. Schranken	274
V. Insbesondere: Islamischer Religionsunterricht	276
1. Allgemeines	276
2. Probleme des Anspruchsinhalts	277
a) Der Begriff der Religionsgemeinschaft	277
b) Das Beiratsmodell	279
c) Die Durchführung des Religionsunterrichts	280
3. Schranken	281
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	282

§ 13 Theologische Fakultäten	283
I. Allgemeines	283
1. Rechtsgrundlagen	283
a) Grundgesetz	283
b) Landesrecht	284
c) Religionsverfassungsrechtliche Verträge und Kirchenrecht	284
2. Dogmatische Grundlegung	285
3. Dogmatischer Status	286
II. Anspruchsinhalt	287
1. Theologische Fakultäten als staatliche Institutionen	287
2. Bestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften	288
a) Grundlegung	288
b) Studium und Prüfungswesen	288
c) Wissenschaftliches Personal	288
d) Die Errichtung einer theologischen Fakultät	290
e) Die Zulassung Konfessionsfremder	291
f) Die „Europäisierung“ des Studiums	292
III. Anspruchsberechtigte	293
IV. Schranken	293
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	295
E. DER FLANKIERENDE SCHUTZ DER RELIGIONSFREIHEIT	
§ 14 Der Schutz des Religionsguts	296
I. Allgemeines	296
1. Rechtsgrundlagen	296
2. Dogmatische Grundlegung und dogmatischer Status	297
II. Der Schutzbereich	298
1. Der personelle Schutzbereich	298
2. Der sachliche Schutzbereich	299
a) Allgemeines	299
b) „Eigentum und andere Rechte“	299
c) Religiöse Zweckbestimmung	300
d) Schutzbereichsbegrenzung?	300
III. Der Eingriff in den Schutzbereich	301
IV. Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	302
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	304
§ 15 Staatsleistungen	305
I. Grundlagen	305
1. Staatsleistungen und Ablösungsgebot	305
a) Staatsleistungen und Säkularisation	305
b) Das Ablösungsgebot	306
2. Rechtsgrundlagen	306
3. Dogmatische Grundlegung und Status	306
a) Ablösung von Staatsleistungen und Religionsfreiheit	306
b) Dogmatischer Status	307
II. Die Staatsleistungen	307
1. Begriff	307

2. Arten von Staatsleistungen	308
a) Zwecke, Bezugspunkte und Modi	308
b) Insbesondere: Positive und negative Staatsleistungen	309
3. Rechtstitel	309
a) Gesetz, Vertrag und besondere Rechtstitel	309
b) Insbesondere: Religionsverfassungsrechtliche Verträge	310
4. Leistungsempfänger und Leistungsverpflichtete	310
III. Das Ablösungsgebot	311
1. Begriff und Bedeutung	311
2. Die Verpflichtung zur Ablösung	312
a) Art und Umfang der Ablösung	312
b) Zuständigkeit und Verfahren	314
c) Insbesondere: Keine Ablösung ohne Grundsatzgesetz	315
3. Bestandsschutz	316
a) Art. 173 WRV	316
b) Verfassungswidriges Verfassungsrecht?	317
c) Wegfall der Geschäftsgrundlage?	317
4. Das Verbot der Neubegründung von Staatsleistungen	318
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	320
§ 16 Sonn- und Feiertagsschutz	321
I. Grundlagen	321
1. Entwicklung des Sonn- und Feiertagsschutzes	321
2. Rechtsgrundlagen	322
a) Grundgesetz	322
b) Landesverfassungsrecht	324
c) Religionsverfassungsrechtliche Verträge	324
d) Einfaches Gesetzesrecht	324
3. Dogmatischer Status	325
a) Institutionelle Garantie?	325
b) Schutzpflichtendimension der Religionsfreiheit	326
II. Schutzbereich	327
1. Personeller Schutzbereich	327
2. Sachlicher Schutzbereich	328
a) Allgemeines	328
b) Der Sonntag	328
c) Die Feiertage	329
d) Arbeitsruhe	329
e) Seelische Erhebung	330
III. Eingriffe	330
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	331
1. Verfassungsimmanente Schranken	331
2. Verhältnismäßigkeit	332
a) Der Maßstab	332
b) Sonn- und Feiertagsschutz	332
c) Insbesondere: Der Schutz einzelner Feiertage	334
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	335

F. AUSBLICK: RELIGIONSVERFASSUNGSRECHT IN EUROPA

§ 17 Religionsverfassungsrechtliche Modelle in der EU	336
I. Allgemeines	336
II. Das Staats- bzw. Volkskirchenmodell	336
1. Kriterium und Erscheinungsformen	336
2. Insbesondere: Das Vereinigte Königreich	337
III. Das Trennungsmodell	337
1. Kriterium und Erscheinungsformen	337
2. Insbesondere: Frankreich	338
IV. Das Kooperationsmodell	338
V. Konvergenz und Zwei-Ebenen-Modell	338
1. Zur Kritik an der Systematisierung	338
2. Die Konvergenzthese	339
3. Das Zwei-Ebenen-Modell	340
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	340
§ 18 Europäisches Religionsverfassungsrecht	341
I. Allgemeines	341
II. Das EU-Grundrecht der Religionsfreiheit	341
1. Zu Entwicklung und Systematik des Grundrechtsschutzes in der EU	341
2. Art. 9 EMRK	343
3. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union	345
III. EU-Recht und Religionsverfassungsrecht der Mitgliedstaaten	346
1. Allgemeines	346
2. Fehlende Regelungskompetenz der EU	346
3. Die Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten	347
4. Die Achtung des mitgliedstaatlichen Religionsverfassungsrechts	347
a) Die Amsterdamer Kirchenerklärung und der EU-Verfassungsvertrag	347
b) Art. 17 AEUV	348
IV. Auswirkungen des EU-Rechts auf Religion und Religionsgemeinschaften	349
1. Grundlagen und Anwendungsfälle	349
2. Insbesondere: EU-Wettbewerbsrecht	350
a) Einrichtungen im karitativen bzw. diakonischen Bereich	350
b) Kirchensteuer und Staatsleistungen	351
Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	352
Definitionen	353
Literaturverzeichnis	355
Stichwortverzeichnis	379

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AGG	Allgemeines Gleichstellungsgesetz
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv für öffentliches Recht
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BaWü	Baden-Württemberg
Bay	Bayern
BayVBl.	Bayerisches Verwaltungsblatt
Bbg	Brandenburg
Bd.	Band
Bde	Bände
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamStG	Beamtenstatusgesetz
Berl	Berlin
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilrechtssachen
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
Bln	Berlin
BPersVG	Bundespersonalvertretungsgesetz
Br	Bremen
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BT-Drs	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVG	Beamtenvertretungsgesetz
bzgl.	bezüglich

cc.	canones
CIC	Corpus Iuris Canonici
DDR	Deutsche Demokratische Republik
bzw.	beziehungsweise
DEK	Deutsche Evangelische Kirche
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
DIK	Deutsche Islam Konferenz
dies.	dieselbe
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
ebd.	ebenda
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EinigungsV	Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag)
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
epd	Evangelischer Pressedienst
ErbStG	Erbschaftssteuergesetz
EssGspr.	Essener Gespräche
EStG	Einkommensteuergesetz
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EU-GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechtszeitschrift
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
e.V.	eingetragener Verein
EvStL	Evangelisches Staatslexikon
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FG	Finanzgericht
FS	Festschrift
Ges.	Gesammelt(e)
GewO	Gewerbeordnung
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GrStG	Grundsteuergesetz
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HdBStKiR	Handbuch des Staatskirchenrechts
HdBStR	Handbuch des Staatsrechts

HdBVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts
Hess.	Hessen
HGR	Haushaltsgrundsätzegesetz
HH	Freie und Hansestadt Hamburg
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
HS	Hauptsatz
HVD	Humanistischer Verband Deutschlands
i.E.	im Ergebnis
i.e.S.	im engeren Sinn
IGH	Internationaler Gerichtshof
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
i.S.d.	im Sinne des/der
i.Ü.	im Übrigen
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JbArbR	Jahrbuch für Arbeitsrecht
Jh.	Jahrhundert
JÖR N.F.	Jahrbuch des Öffentlichen Rechts, Neue Fassung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KAG	Kirchenaustrittsgesetz
KiStG	Kirchensteuergesetz
KO	Kostenordnung
KODA	Kommission zur Ordnung des Arbeitsvertragsrechts
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KStG	Körperschaftssteuergesetz
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KuR	Kirche und Recht
LER	Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LöffZG	Gesetz über die Ladenöffnungszeiten
LVerfG	Landesverfassungsgericht
MAVO	Rahmenordnung für die Mitarbeitervertretungsordnung
MedR	Medizinrecht
MitbestG	Mitbestimmungsgesetz
MRRG	Melderechtsrahmengesetz
MSV	Vertrag zur Regelung der evangelischen Militärseelsorge
Mt.	Matthäus
MV	Mecklenburg-Vorpommern
MVG	Kirchengesetz über die Mitarbeitervertretungen in der EKD
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
Nds.	Niedersachsen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift

Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
Nw	Nachweis(e)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
o.g.	oben genannt
OKiStG	Ortskirchensteuergesetz
OVG	Oberverwaltungsgericht
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PrALR	Preußisches Allgemeines Landrecht
PrGKG	Preußisches Gerichtskostengesetz
PrVerf	Preußische Verfassung
PStG	Personenstandsgesetz
RdA	Recht der Arbeit
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesen
RelKEG	Gesetz über die religiöse Kindererziehung
RGG	Religion in Geschichte und Gegenwart
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RhPf	Rheinland-Pfalz
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
RVO	Rechtsverordnung
RW	Rechtswissenschaft, Zeitschrift für rechtswissenschaftliche Forschung
S.	Satz/Seite
Sa	Sachsen
SAnh	Sachsen-Anhalt
Saarl	Saarland
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter
SFTG	Sonn- und Feiertagsgesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SH	Schleswig-Holstein
sog.	sogenannte(r)
Sp.	Spalte
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannte(r)
SoldG	Soldatengesetz
std.	ständig(e)
StGB	Strafgesetzbuch
StKiV	Staatskirchenvertrag
StrVollzG	Strafvollzugsgesetz
s.u.	siehe unten
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter
TierSchG	Tierschutzgesetz
TRE	Theologische Realenzyklopädie

u.a.	unter anderem/und andere
UEK	Union Evangelischer Kirchen
UN	Vereinte Nationen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
UStG	Umsatzsteuergesetz
u.zw.	und zwar
VELKD	Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in Deutschland
VereinsG	Vereinsgesetz
Verf	Verfassung
Verf.	Verfasser
Verf-EU	Vertrag über eine Verfassung für Europa
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VersG	Versammlungsgesetz
VerwArch	Verwaltungsarchiv
vgl.	vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung
VR	Verwaltungsrundschau
vs.	versus
VStG	Vermögenssteuergesetz
VVDStRL	Vorträge der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WRV	Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
z.B.	zum Beispiel
ZDv	Zentrale Dienstvorschrift
ZevKR	Zeitschrift für Evangelisches Kirchenrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z.T.	zum Teil
ZThK	Zeitschrift für Theologie und Kirche

